

Helmut Kohl:

**Wir haben ein
gewaltiges Pensum
an erfolgreicher
Arbeit geleistet**

- Aussprache über den
Bundeshaushalt 1995

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hielt in der 242. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1994 in der Aussprache über den Bundeshaushalt 1995 folgende Rede:

Haushaltsdebatte ist im Wahljahr natürlich auch ein Stück gelebter Wahlkampf. Sie haben völlig recht, Herr Klose. Das ist so. Ich beschwere mich nicht. Aber ich bin, muß ich sagen, nach zwölf Jahren jetzt so gebeutelt, daß ich mich nur noch mühsam ans Pult schleppe. Wissen Sie, wenn man so viele Leute auf Ihrer Seite hat aussitzen müssen, dann bleibt einem gar nichts anderes mehr übrig, als stehenzubleiben.

Herr Klose, ich will Ihnen jetzt nicht schaden. Jeder weiß, daß ich für Sie besondere Sympathie empfinde. Aber Ihr Gesicht war schon interessant, als eben der denkbare und in Ihrer Kombination erwünschte Vizekanzler und Außenminister gesprochen hat. Selbst Ministerpräsident Oskar Lafontaine war einen Moment betroffen, und bei dem will das etwas heißen. Ich finde, darauf muß man nicht viel sagen.

Wir sollten jetzt wirklich zu den Auseinandersetzungen, zu den wirklichen Themen kommen, die natürlich auch im Wahlkampf eine Rolle spielen. Es ist ganz klar, daß da nach beiden Seiten auch zugelangt wird. Ich bin völlig mit Ihrer Eingangsbemerkung über jene einverstanden, Herr Klose, die an uns überheblich Kritik üben, weil wir miteinander kämpfen. Wenn wir es nicht täten, würden die gleichen Leute schreiben: Sie haben alles unter dem Tisch ausgekungelt. — Lassen Sie uns also frisch, fröhlich, frei — das ist wieder nationalistisch! — miteinander kämpfen. Auch ich tue es.

Sie können mit mir reisen. Dann werden Sie sehen, Herr Klose, daß in Frankfurt an der Oder 10.000 Leute nicht zusammengekartt werden, sondern daß sie kommen und daß auf allen Plätzen, wo ich vor vier Jahren war, die Leute wiederkommen. Natürlich kommen auch andere. Das ist ein freies Land. Das einzig wirklich gute Zitat von Rosa Luxemburg lautet: Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Dann sollen auch die anderen kommen! Ich lade Sie ein, einmal mitzugehen. Dann sehen Sie übrigens die letzten roten Fahnen. Man sieht sie nur noch in Kuba und dort, wo die PDS versucht, wieder Fuß zu fassen heute bei uns in Deutschland.

Herr Kollege Klose, das Kompliment muß ich Ihnen machen: Sie sind schon ein Könnler, wie Sie hier so auftreten. Das war wirklich Hamburger Stil. Sie haben uns erst einmal ein paar anständige Komplimente gemacht. Danach haben Sie uns bewiesen, wie man richtig zuschlagen kann, ohne gleich grobschlächtig zu werden, wie wir das gestern erlebt haben. Das hat mir gefallen.

Das hat mich eigentlich auf die Idee gebracht, Herr Ministerpräsident Scharping, Sie zu fragen: Warum haben Sie den Kollegen Klose nicht auch noch in die „Troika“ aufgenommen? Statt mit einer Troika würde man es ja auch mit einer Quadriga machen können. Aber jetzt habe ich gehört, warum das nicht geht: Es wäre ja wieder Nationalismus.

Also: Es war gekonnt, Respekt. Es war Miesmacherei auf hohem Niveau. Insofern kommen Sie dem deutschen Zeitgeist, wie er sich in wichtigen, nicht zuletzt in Hamburg gedruckten Erzeugnissen äußert, weit entgegen. Aber, Herr Klose, das Land, von dem Sie gesprochen haben, ist nicht diese Bundesrepublik, in der wir gemeinsam leben. Deswegen, finde ich, sollten wir bei allem Wahlkampf doch — wie man zu sagen pflegt — die Kirche im Dorf lassen.

Auch zu folgendem möchte ich ein Wort sagen. Herr Ministerpräsident Scharping, ich habe natürlich mit großem Interesse und gebannt Ihre Ausführungen in Dortmund gehört, wie umgekehrt Sie die meinen; das gehört sich so. Wir geben zumindest vor, wir würden es tun, auch wenn wir es gar nicht gemacht haben. Auch das gehört zum Stil. Aber eines habe ich nicht ganz verstanden, nämlich daß Sie gesagt haben: Die drei, die jetzt antreten, sind alle besser als der gegenwärtige Amtsinhaber. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Warum kommen Sie denn dann mit dreien? Jetzt sitze ich zwölf Jahre auf diesem bzw. auf dem Platz in dem anderen Saal.

*(Ministerpräsident Oskar Lafontaine [Saarland]:
Entschieden zu lange!)*

— Ich bin ja einverstanden damit, daß Sie sagen: Entschieden zu lange. Ich sage aber: Ich sitze darauf. Bis jetzt sind schon sechs gegen mich angetreten. Zuerst kam Hans-Jochen Vogel, dem ich meinen besonderen Respekt — auch weil es für ihn vielleicht die letzte Plenarsitzung ist — ausdrücklich noch einmal bekunden möchte. Wir haben miteinander viele Schlachten ausgetragen, und jeden Tag denke ich mit mehr Wehmut an Sie, wenn ich andere sehe. Auch das gehört dazu.

Dann kam Johannes Rau. Er hat sich als bibelmächtig erwiesen.

(Zuruf von der SPD)

— Ja, natürlich; ich sage ja weiter gar nichts. Ich habe doch etwas Positives über ihn gesagt.

Dann kam Oskar Lafontaine, der jetzt wieder da ist. Danach war Björn Engholm an der Reihe, von dem Sie schon gar nicht mehr reden. Er galt doch als der Enkel, der alles wegwischt. Jetzt kommt Rudolf Scharping. Und bei

dem letzten weiß ich nicht: Ist er schon da oder ist er noch nicht da? Er kommt sicherlich; 1998 will er es versuchen: Gerhard Schröder.

Ich habe überhaupt nichts dagegen. Bloß eines fällt mir schon auf. Da Sie doch vor ein paar Monaten hier das Ende der Ära Kohl verkündeten und da jetzt sogar Fernsehsendungen mich zu einem Phänomen umwidmen, empfinde ich eine gewisse Genugtuung darüber, daß ich hier stehe, daß ich mein Glas Wasser trinken kann und daß noch eine Menge Leute bereit sind, die Union und die Koalition zu wählen. Das macht mir Spaß und Freude!

Herr Kollege Klose, Sie haben es ja schwer; das gebe ich zu. Denn Sie sind doch ein kundiger Thebaner. Welche Kritikpunkte an unserer Außenpolitik haben Sie eigentlich gefunden? Nach langem Suchen — ich glaube nicht einmal, daß Sie es waren, der es gefunden hat, denn dazu halte ich Sie für viel zu einsichtig — haben Ihre Mitarbeiter jetzt zwei Sachen gefunden.

Die erste ist: Wir strebten in unangemessener Eile in den Weltsicherheitsrat. Aber, lieber Herr Kollege Klose, das ist dochbarer Unsinn; erlauben Sie das Wort. Wir streben dort überhaupt nicht hinein. Vielmehr hat die von Ihnen erwähnte Dritte Welt durch den Vorsitzenden der Blockfreien, den Präsidenten Suharto aus Indonesien, vor Jahr und Tag schon laut verkündet: Die Blockfreien — das ist eine riesige Mehrheit in den Vereinten Nationen — wünschen, daß Deutschland und Japan in den Weltsicherheitsrat kommen, und verbinden das natürlich mit dem Wunsch, daß zwei Länder aus Asien, nämlich Indien und Indonesien, eines aus Südamerika, Brasilien, und eines aus Afrika, Nigeria, ständige Sitze im Weltsicherheitsrat erhalten.

Sollen wir jetzt sagen „Wir wollen das überhaupt nicht“? Das verstünde doch kein Mensch. Wir, auch der Minister Klaus Kinkel, sagen ganz einfach: Wir drängen uns überhaupt nicht vor, sondern wir nehmen die Gelegenheit wahr. Wenn wir jetzt nichts machen würden, würden Sie doch kommen und sagen: Ihr vertut jede Chance. Also: Was solls?

(Helmut Wiczorek [Duisburg] [SPD]: Das war nichts!)

— Das ist doch die Wahrheit, auch wenn es Ihnen schwerfällt. Das Zweite, das hier gilt, weiß auch jeder, nämlich daß diese Bundesregierung und diese Koalition — hier beziehe ich ausdrücklich frühere Kollegen, beispielsweise Hans-Dietrich Genscher, mit ein — in diesen zwölf Jahren vieles getan haben, um das Ansehen Deutschlands in der Welt zu festigen und voranzubringen.

Natürlich ist wahr: Wir hatten auch Glück, wir haben Fortune gehabt. Aber wir haben die Chance auch genutzt. Herr Klose, es stünde Ihnen gut an, zuzugeben oder zu sagen: In der modernen Geschichte der Deutschen gab es niemals einen Zeitpunkt, da die Beziehungen zwischen Deutschland — seiner

Regierung, von mir aus auch dem Regierungschef — und Rußland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich so exzellent waren wie heute. Das ist ein Riesenerfolg.

Wir haben doch binnen weniger Wochen drei unvergeßliche Ereignisse erlebt bzw. werden sie morgen erleben. Ich nenne als erstes den französischen Nationalfeiertag am 14. Juli. 50 Jahre nachdem deutsche Soldaten als Kriegsgefangene über die Champs-Elysees getrieben wurden, sind deutsche Soldaten, unsere Söhne, mit ihren französischen Kameraden aus dem Eurocorps bei der Parade zum 14. Juli in Paris gewesen. Das ist eine großartige Geste von Francois Mitterrand, für die wir und ich dankbar sind. Nach kurzem Zögern hat eine riesige Mehrheit der französischen Öffentlichkeit, auch die Mehrheit der Angehörigen der Resistance-Bewegung, dieser Geste zugestimmt.

Zweitens: Wir haben dieser Tage bei der Verabschiedung russischer Soldaten aus Deutschland in Berlin eindrucksvolle Stunden erlebt. Es war doch wirklich wie die Erfüllung eines Traumes, daß die letzten russischen Soldaten jetzt abziehen — 50 Jahre, nachdem die Sowjetarmee das deutsche Reichsgebiet erreicht hatte, mit dem vor Augen, was Deutsche in der damaligen Sowjetunion getan hatten — und daß sie zum Abschied ein Lied für Deutschland dichten und komponieren. Ich meine, wer hier nicht empfunden hat, daß uns allen eine historische Stunde, die Frieden und Zukunft verheißt, geschenkt wurde, dem ist sowieso nicht zu helfen.

Morgen schließlich werden wir die Alliierten, die uns geholfen haben, Frieden und Freiheit in der alten Bundesrepublik zu erhalten — Amerikaner, Briten und Franzosen —, aus Berlin verabschieden. Ich finde, wir haben viel Grund zur Dankbarkeit, daß wir das erleben dürfen.

Das war nicht nur die Leistung einer Regierung oder gar eines Mannes. Da haben viele mitgeholfen, und ich schließe hier alle meine Amtsvorgänger ausdrücklich ein. Aber, meine Damen und Herren, es ist eben gelungen. Einen kleinen Beitrag, so glaube ich, konnte ich wie die Kollegen im Kabinett und andere auch dazu leisten. Wenn wir das jetzt sagen, dann ist das doch eigentlich ganz selbstverständlich.

Herr Klose, stellen Sie sich einmal vor, mein Vorgänger, der in der Inszenierung viel begabter war als ich, hätte diese Möglichkeiten gehabt. Am Rhein hätte es von der Mündung bis zum Bodensee laute Lobeshymnen gegeben. Also: Seien Sie mit uns ein bißchen gnädig, wenn wir uns darüber freuen!

Herr Klose, nun haben Sie zu dem älteren Phänomen noch ein jüngeres hinzuerfunden. Also, wenn man das hört, was Sie da alles über den Kollegen Schäuble sagen, dann muß ich wirklich fragen: Was soll denn das? Sie

wissen, das ist doch alles blühender Unsinn; das wissen Sie so gut wie ich. Das ist wirklich blühender Unsinn. Ich werde gleich ein Wort dazu sagen. Zunächst jedoch will ich die Sache noch einmal auf den Punkt zurückführen.

(Zurufe des Abg. Freimut Duve [SPD])

— Auch mit lauter Stimme vorgetragen werden Ihre Argumente nicht besser; das habe ich Ihnen früher schon einmal gesagt. Sie sind als Bariton erwünscht; aber mit Ihrer Fähigkeit als Zwischenrufer ist es nicht so arg weit her.

Ich will noch einmal sagen, worum es eigentlich geht. Einige Kollegen aus der Bundestagsfraktion, darunter auch der Kollege Schäuble, haben in der Diskussion über die gegenwärtige Europapolitik eine Reihe von Denkanstößen — so heißt es ausdrücklich — auf den Weg gebracht, Denkanstöße, über die man diskutieren kann und über die man selbstverständlich zum Teil auch unterschiedlicher Meinung sein kann. Das ist doch völlig in Ordnung. Sie haben dies im Blick auf die Überprüfungskonferenz in zwei Jahren in die Diskussion gebracht, — und sie sprechen das aus, was andere ja ebenfalls aussprechen.

Ich bin wegen Ihrer Kritik etwas überrascht, da sich ein Mitglied Ihrer Mannschaft — ich habe das Zitat hier; ich will Sie damit nicht behelligen —, der Herr Peter Glotz — einer der Vordenker; so wird er doch immer genannt; Quer- und Vordenker gibt es ja überall —, nun klar und deutlich zu diesem Papier und dieser Diskussion bekannt hat. Das muß doch möglich sein. In London wird das gesagt und in Paris und anderswo. Wir ändern doch nicht die Grundpositionen der Deutschen, die wir immer eingenommen haben, wenn wir weiterdenken, was geschehen soll. Wir waren und wir bleiben Motor der Entwicklung in Europa.

Den Satz Adenauers „Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille“ können Sie jeden Tag fünfmal von Wolfgang Schäuble hören. Das ist genau unsere Meinung, und sie bleibt es.

Das Zweite ist: Unsere europäischen Partner können sich auf uns verlassen; natürlich können sie sich auf uns verlassen. Wer war denn in den letzten zwölf Jahren immer wieder der Motor in Europa? Es waren doch diese Koalition und diese Bundesregierung.

Ich weiß nicht, wie oft ich in Sitzungen der Gemeinschaft wie auch in öffentlichen Reden gesagt habe: Wir wollen noch weiter vorankommen; wir wollen den Vertrag von Maastricht 1996 weiterentwickeln; aber wir wollen eines nicht — das betone ich noch einmal; auch das habe ich hier von diesem Pult aus schon gesagt —: Wir wollen auf keinen Fall, daß das langsamste Schiff

im Geleitzug das Tempo der europäischen Entwicklung bestimmt; wir wollen, daß weiter vorangegangen wird.

Ich habe noch manche Auseinandersetzung mit der britischen Kollegin Margaret Thatcher im Ohr. Sie wollte immer nur eine Art gehobene Freihandelszone. Das ist das, was auch noch heute einige wollen. Wir wollen die politische Union in Europa. Das ist unser Ziel, und das will Wolfgang Schäuble genauso. Nicht mehr und nicht weniger steht auch in diesem Papier. Ob die Formulierungen in jeder Weise, vor allem nach den Regeln des diplomatischen Sprachgebrauchs, nun der Weisheit letzter Schluß sind, lasse ich einmal völlig offen. Aber warum soll ein Mann wie Wolfgang Schäuble, der ja kein Regierungsamt hat, der aber einer der wesentlichen Leute in unserer Union ist, nicht einmal den Leuten außerhalb Europas sagen „Glaubt nicht, daß die Deutschen aufgeben! Wir wollen die Europäische Union!“?

Von Wolfgang Schäuble können Sie genauso lesen, daß er für die Erweiterung der Europäischen Union eintritt, da doch jeder weiß, daß das eine wesentliche Voraussetzung für Frieden in Europa ist. Das gilt beispielsweise für Polen, sobald die Polen selbst es wollen und entsprechende ökonomische Fortschritte gemacht haben; das gilt ebenso für Tschechien, Ungarn oder die Slowakei. Also, jetzt bauen wir doch hier aus diesem Papier keinen Popanz auf!

(Widerspruch bei der SPD)

— Natürlich wollen Sie das; Sie wollen ablenken, und ich sage Ihnen gleich, wovon Sie ablenken wollen.

Herr Klose, wir brauchen keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Europa. Wir haben doch die Sache vorangetrieben. Was habe ich denn von meinem Vorgänger übernommen? Das Schlagwort „Eurosklerose“. So war es 1982. Heute haben wir die Europäische Union.

Wir, CDU und CSU das gilt genauso für die Kollegen der F.D.P.; ich darf das so sagen, bleiben Europa-Parteien ohne Wenn und Aber. Aber wir wollen wirklichen Fortschritt. Wir wollen jetzt nicht darüber reden, daß es Leute gibt, auch in der Union, die weitere Fortschritte bei der europäischen Einigung gar nicht wollen.

Im übrigen, es ist wahr: Sie haben in vielen Fällen zumindest freundlich geschwiegen. Aber Ihr Beitrag hält sich schon in Grenzen. Das, was die SPD

— es ist ja nicht zufällig so gekommen — mit ihren Abgeordneten im Europäischen Parlament im Gegensatz zu vielen anderen getan hat — ich meine den Vorschlag, Jacques Santer nicht zu wählen und nicht zu unterstützen, war gewiß nicht ein sehr integrationsfreundlicher Akt.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine [Saarland])

— Aber das hat doch damit gar nichts zu tun. Sie wissen doch, daß das alles nicht stimmt. Es gab doch gar nicht diesen Alleingang.

Aber Sie haben ja jetzt eine Chance. Ich denke, daß die Entscheidung, daß Frau Dr. Wulf-Mathies jetzt als Kommissarin nach Brüssel geht, eine gute Sache ist. Dorthin kommt eine kompetente Dame. Das ist gut; denn andere, die dorthin wollten, wären nicht gut gewesen.

Da das eine Rolle spielte, will ich auch hier ein kurzes Wort zu dem Thema Zusammenarbeit mit der PDS sagen. Wie die Sache hier dargestellt wird, entspricht überhaupt nicht den Realitäten. Wir wollen noch einmal festhalten, um was es geht: Es geht um den Grundkonsens der demokratischen Parteien in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Um nichts anderes geht es. Damals wie heute gilt für uns der Satz: Es gibt keine Zusammenarbeit mit Radikalen oder Extremisten von rechts und links, das heißt, weder mit den Neonazis noch mit Kommunisten gibt es eine Gemeinsamkeit.

Damit es ganz klar ist — das ist ja nicht von mir erfunden worden: Der Wiederbegründer der deutschen Sozialdemokratie hat das, was die Kommunisten betrifft, in einer völlig zutreffenden Weise formuliert. Ich meine genau das Zitat, das Sie gebracht haben. Er hat vor 1933 von „rotlackierten Doppelausgaben der Nationalsozialisten“ und nach dem Krieg von „rotlackierten Nazis“ gesprochen. Er hat das auf den Vergleich zu Faschisten und Nationalsozialisten bezogen. Das wissen Sie im übrigen alles.

(Zuruf des Abg. Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS/Linke Liste])

— Sie können dies ja strafrechtlich verfolgen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn Sie das so betreiben.

Aber ein Kollege, der hier im Hause höchstes Ansehen genießt, der Kollege Hermann Rappe, hat es dieser Tage so formuliert: „Braune und rote Faschisten zerstören den Staat, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.“ Das unterschreiben wir doch, meine Damen und Herren. Genau das, nicht mehr und nicht weniger, sage ich.

Als die Wähler vor zwei Jahren in Baden-Württemberg entschieden haben, da gab es viele Kommentare der Art: Der Teufel und die CDU werden doch nicht mit den Neonazis, mit den Republikanern einen Pakt schließen. Nein, wir haben keine Minute gezögert, wir haben es nicht getan.

Als es um den Oberbürgermeister in Düsseldorf ging — um ein Beispiel aus der Nähe zu nennen —, ist selbstverständlich die Position gewesen: Keine

Zusammenarbeit mit Radikalen oder mit Extremisten! Dabei ist zu sagen, daß wir immer — übrigens auch hier, Herr Klose — nicht von den Wählern sprechen, sondern von denen, die die Parteien bilden — bei der PDS sagt man besser im alten Sinne „Kader“. Darum geht es. Wenn wir sagen: „Wir bekämpfen die PDS“, bekämpfen wir weder die Wähler der PDS noch die der Republikaner. Wir wollen die Wähler für die demokratischen Parteien zurückgewinnen. Das muß das Ziel sein.

Die Diskussion ist doch dadurch entstanden, daß Sie dieses Einverständnis aufgekündigt haben, gegen Extreme zu stehen, daß der Ministerpräsident und Parteivorsitzende Scharping in Magdeburg drei Tage vor der Wahl klar erklärt hat, daß keine Zusammenarbeit mit der PDS stattfindet, und daß anschließend Herr Höppner überhaupt nur mit Hilfe der PDS ins Amt kam. Natürlich wissen Sie das. Es ist doch nun ziemlich absurd, das abstreiten zu wollen. Im übrigen hat es doch Herr Höppner selbst gesagt, man muß doch der Wahrheit einmal die Ehre erweisen. Er hat in diesen Tagen gesagt: „Ich habe schon am Tag nach der Wahl die Führungsspitze der SPD gefragt. Ich hätte das so nie durchgesetzt, wenn da ein Nein gekommen wäre, und zweitens habe ich eindeutig erklärt, daß ich bereit bin, die Verantwortung für das, was im Lande passiert, auf mich zu nehmen, aber nicht für alles das, was dadurch in der Bundesrepublik Deutschland und in der SPD ausgelöst worden ist.“

Wenn sich die Leute in der SPD — und das ist doch eine große Zahl, schauen Sie doch einmal in die Gewerkschaften hinein — innerlich aufbäumen und nur durch die Parteidisziplin vor dem 16. Oktober zu bändigen sind, so doch nicht deswegen, weil ich das gesagt habe, ich bin doch nicht deren Adressat —, sondern weil Sie die Prinzipien Ihrer Partei aufgegeben und, wie ich sage, verraten haben.

Daß Sie mit Hilfe der PDS hier in Bonn, wenn es die Stimmenzahl im Parlament zuläßt, an die Macht kommen wollen, das bestreiten doch Teile Ihrer eigenen Leute gar nicht! Gerhard Schröder hat doch in diesen Tagen wörtlich gesagt: „Ich kann Ihnen nur sagen: Die SPD will regieren, und über Konstellationen, in denen das möglich ist, werden wir nach dem 16. Oktober zu entscheiden haben.“ Das ist doch die klare Ankündigung, daß Sie mit diesen Leuten der PDS zusammengehen wollen.

Ich sage es noch einmal: Es geht uns doch überhaupt nicht darum — das gleiche gilt für die Wählerschaft der Republikaner —, den Leuten, die sich gestern verirrt haben und die heute bereit sind, in dieser Bundesrepublik Deutschland am Aufbau mitzuarbeiten, keine Chance zu geben, in den demokratischen Parteien mitzuarbeiten.

Was war denn in den 50er Jahren? In den 50er Jahren war es doch die Weitsicht, die Einsicht großer Persönlichkeiten — ich nenne hier bewußt Kurt Schumacher an erster Stelle, Konrad Adenauer und Theodor Heuss —, die den Leuten gesagt haben: Wenn Ihr gestern bei der NSDAP wart und bereit seid, in diesem demokratischen Staat mitzuarbeiten, stoßen wir euch doch nicht zurück. Wir sind daran interessiert, daß ihr beim Aufbau Deutschlands, des freien Deutschlands, mitmacht. Und das gleiche gilt doch heute für die frühere DDR. Ich rede doch nicht von den Lernbereiten, die ich eben genannt habe, ich rede von den Kadern, die nichts, aber auch gar nichts dazugelernt haben.

Der eloquente Sprecher der PDS mag hier in diesem Haus noch so viele Kunststücke machen, wie er das Grundsatzprogramm seiner Partei interpretiert, jeder in Deutschland und jeder außerhalb Deutschlands, der dieses Programm liest, weiß: Hier geht es um eine Verhöhnung der Opfer.

Meine Damen und Herren aus der SPD, Sie haben doch in vielen deutschen Städten, im Westen, in meiner Heimat und anderswo gegen die Kommunisten gestanden. Es waren doch auch Ihre Leute, und zwar in beachtlicher Zahl, die sich damals gegen Ulbricht stellten, die den Weg von Grotewohl nicht mitgegangen sind, die in Konzentrationslager nach Rußland verschleppt wurden und zu Tode kamen. Es waren genauso viele Hunderte aus der CDU dabei. Das sollten Sie wissen. Bevor Sie sich an dieses Thema wagen, sollten Sie sich kundig machen. Es waren auch Hunderte von CDU-Leuten dabei!

Meine Damen und Herren, dann haben wir uns Jahr für Jahr am 17. Juni an den Gräbern der Opfer in Berlin versammelt. Und jetzt sollen die alten Kader wieder das Sagen in Deutschland haben? Das ist indiskutabel!

Herr Ministerpräsident Scharping, diese Sache ist erst ausgestanden, wenn Sie jetzt an das Pult gehen und erklären oder bei anderer Gelegenheit den deutschen Wählern klar sagen: „Wir haben hier einen Fehler gemacht.“ Das kann ja vorkommen. Ich mache die auch. „Aber wir machen in Sachsen-Anhalt nicht weiter. Wir machen dort eine Koalition unter demokratischen Parteien.“ Das ist der Ausweg.

Wir wollten Wiedervereinigung

Es ist ja heute mit Recht viel über die vergangenen vier Jahre und über den Weg zur deutschen Einheit geredet worden. Es ist gar keine Frage für mich — das habe ich früher hier auch schon gesagt —: Wir haben auf diesem Weg Großartiges erreicht.

Herr Solms, Sie haben da zu Recht Ihren amerikanischen Gesprächspartner erwähnt. Ich kann Ihnen ebenfalls Dutzende nennen. Es ist wahr, daß wir — auch ich — auf diesem Weg Fehler gemacht haben; denn, es ist ein einzigartiger Vorgang. Bei vielen Dingen konnte man deshalb nicht sagen: „Das haben wir früher so gemacht, das hat sich bewährt“, sondern wir haben uns auf Neuland begeben. Das macht sich im Positiven wie im Negativen bemerkbar.

Wenn Sie mich wegen des Negativen kritisieren, bin ich natürlich bereit, mich der Kritik zu stellen. Aber Ihre Kritik ist nicht sehr überzeugend, weil die deutsche Einheit gar nicht gekommen wäre, wenn wir beispielsweise Ihrer Politik, Herr Lafontaine, oder der von Herrn Schröder gefolgt wären.

Einer Ihrer Freunde hat in großer Ehrlichkeit, die ihn später wohl gereut hat, in Berlin als Regierender Bürgermeister am Tag nach dem Fall der Mauer gesagt, es geht nicht um Wiedervereinigung, sondern um Wiedersehen. Meine Damen und Herren, als ich damals ausgepiffen wurde — übrigens von jenen Vertretern unserer Bevölkerung, die sich auch hier vorhin geäußert haben, da waren die wirklich der Meinung, es ginge gar nicht um Wiedervereinigung. Wir aber wollten sie. Wir haben immer daran geglaubt, und wir sind dankbar, daß wir die Wiedervereinigung erreicht haben. Ungeachtet der riesigen Probleme geht es aber doch aufwärts.

Es ist doch so: Vor zwei Jahren hieß es, der Kohl kann sich gar nicht mehr in die neuen Länder trauen. Jetzt lese und höre ich: Es werden Jubler zusammengekartt. In Wahrheit kommen die Leute aus eigenem Antrieb zu vielen Tausenden zusammen, und sie sind offensichtlich durchaus auch erfreut, mich wiederzusehen. Deswegen, denke ich, warten wir auch das Wahlergebnis dort gelassen ab.

Ihre Prophezeiungen erinnern mich sehr an das Frühjahr 1990 vor der ersten freien Volkskammerwahl. Da waren Sie doch so sicher, daß Sie siegen. Am Wahlabend habe ich nur lange Gesichter im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Pseudointellektuelle gesehen, die Bananen schwenkten. Das war doch alles ziemlich komisch. Warten Sie doch die Wahl ab. Ich muß sie auch abwarten. Lassen Sie uns das mit Ruhe jetzt miteinander austragen.

Wahr ist, daß wir — es ist gestern gesagt worden — ein kräftiges reales Wachstum in den neuen Ländern haben, daß wir eine der schlimmsten Heimsuchungen für die Menschen dort langsam überwinden können mit der Schaffung eines neuen selbständigen Mittelstands. Eines der großen Verbrechen des SED-Regimes war die Durchsetzung des Prinzips: Wer Eigentum hat, der engagiert sich auch für Freiheit; wenn ich also das Eigentum abschaffe, schaffe ich auch die Freiheit ab.

Wir haben jetzt langsam eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Ich würde mir auch wünschen, daß das sehr viel schneller geht, aber jeder sieht, es geht auch da langsam aufwärts. Wir haben großartige Erfolge erzielt, für die ich all denen dankbar bin, die mitgeholfen haben, etwa bei der Lehrstellenoffensive. Eine Ihrer Staatsministerinnen rennt in den neuen Ländern herum und hetzt die Leute auf. Die Dame hat nicht eine einzige Lehrstelle beschafft, aber sie hetzt. Das ist ihr Hauptgewerbe.

Wir haben in diesem Jahr wieder 12.000 neue außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen, gemeinsam mit der Wirtschaft, mit dem Handwerk, mit den Betriebsräten, mit den Gewerkschaften — wie ich überhaupt viel Grund habe, mich bei denen zu bedanken, die vor Ort Verantwortung übernommen haben, den Männern und Frauen, die in die Rathäuser gegangen sind, die in die Landesregierungen gegangen sind, die andere verantwortliche Funktionen übernommen haben.

Ich wünsche mir oft — auch auf die Gefahr hin, daß einige sich beleidigt fühlen —, daß jeder westdeutsche Oberbürgermeister und Landrat mit der gleichen Entschiedenheit ans Werk geht, auch mit der gleichen inneren Leidenschaft und dem Engagement, die ich in den neuen Ländern tagtäglich erlebe, und das gehört auch zum Dank, den wir auszusprechen haben.

Ein leistungsstarker Sozialstaat

Dann reden Sie vom Sozialabbau und von der Misere Deutschlands. Aber warum reden Sie eigentlich nicht einmal davon, was sich in vier Jahren für die Rentner in den neuen Ländern vollzogen hat? Es ist doch wahr: Im Sommer 1990, am Tag der innerdeutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, hat ein Mann oder eine Frau, der oder die 45 Jahre gearbeitet hat, rund 500, 550 Ostmark bekommen. Die gleiche Frau, der gleiche Mann bekommt jetzt, im Sommer 1994, 1.450 DM. Und da in der ostdeutschen Gesellschaft, im Unterschied zum Westen, häufiger beide Ehepartner berufstätig waren, hat das zur Folge, daß rund 80 oder 85 Prozent der Rentnerehepaare in den neuen Ländern zwei Renten bekommen.

Wenn Sie nun diese Beträge addieren, kommen Sie auf eine Größenordnung, die sich in Europa sehen lassen kann. Diese Rentner reisen im Urlaub ins Ausland — ich gönne es Ihnen — und sagen nicht: Wir leben in einem unsozialen Staat. — Die meisten sind recht dankbar, und Sie werden übrigens bei der Wahl sehen, wie sich Dankbarkeit auswirken kann.

Der Sozialstaat Deutschland gehört zu den leistungsfähigsten in der Welt. Wir haben drei Billionen DM Sozialprodukt, und eine Billion DM geben wir für

Sozialleistungen aus. Jetzt frage ich Sie wirklich: Wo gibt es Vergleichbares? Es geht nicht um Abbau, es geht um Umbau. Man kann darüber reden, was wir in dem oder jenem Felde dabei noch verbessern können und verbessern müssen. Nach der Wahl, wenn ich hier wieder die Regierungserklärung abzugeben habe, werde ich Ihnen konkret sagen, in welchen Fällen — wofür ich noch gar kein Rezept habe, um das auch klar zu sagen — wir uns mehr einfallen lassen müssen.

Wir wissen beispielsweise — Herr Schröder hat gestern darauf hingewiesen; da stimme ich Ihm zu —, daß nach jeder Rezession in jeder modernen Volkswirtschaft der Sockel der Arbeitslosen, der dann zurückblieb, höher war, und wir wissen auch, dieses Wort „Sockel“ trifft ja nicht das menschliche Schicksal der Betroffenen —, daß die Betroffenen zu einem erheblichen Teil Männer und Frauen sind, die bei dem Modernisierungsprozeß etwa in der Industrie Schwierigkeiten haben, den wesentlich erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Das ist überhaupt kein Vorwurf, das ist eine Feststellung.

Deswegen müssen wir uns etwas einfallen lassen, wie wir beispielsweise auf dem Gebiet der Teilzeitarbeit — und das ist ja nun wirklich nicht nur eine Sache der Regierung, sondern das ist eine Sache der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, denn die rechtlichen Voraussetzungen für Teilzeitarbeit sind alle geschaffen mehr — tun können. Darüber sind wir im Gespräch mit Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Wir müssen, wie ich denke, auch dafür Sorge tragen, daß wir bei diesen — ich setze es jetzt einmal in Anführungszeichen, damit es nicht mißverstanden wird — „Arbeitsplätzen mit einfacheren Anforderungen“ ein größeres Angebot bekommen. Das ist einfach eine dringende Notwendigkeit.

Wir sind auf einem guten Weg

Wenn Sie nun die Entwicklung in den neuen Ländern betrachten, wie viele neue Betriebe trotz aller Schwierigkeiten entstanden sind — obwohl zum Beispiel die Absatzmärkte in der Sowjetunion weggebrochen sind —, dann ist das zwar erfreulich, aber ich habe keinen Grund, mich zurückzulehnen und zufrieden zu sagen: Das ist alles in bester Ordnung. — Aber wir sind doch auf einem guten Weg. Das gleiche gilt auch für die Gesamtwirtschaft in Deutschland.

Stellen Sie sich einmal vor, die Erwartungen der sozialdemokratischen Redner von vor ein paar Monaten wären eingetreten und der Aufschwung wäre nicht gekommen, was heute hier für ein Geschrei wäre.

Als wir Anfang 1994 das Bruttosozialprodukt für dieses Jahr schätzten, haben Sie uns mit Spott und Hohn überschüttet. Jetzt reden Sie schon gar nicht mehr davon, daß wir in diesem Jahr in die Nähe von zwei Prozent Wachstum, im nächsten Jahr sogar von drei Punkten kommen. Daß inzwischen auch die Wende bei den Arbeitsplätzen da ist, das wissen Sie ebenfalls. Es hat doch gar keinen Sinn, das zu leugnen. Natürlich könnte auch dieses schneller gehen.

Sie reden überhaupt nicht von der sozialsten Tat unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, nämlich daß die Währung stabil und die Inflation niedrig ist. Das ist die beste Sozialpolitik! Niemand weiß das besser als die Generation der Rentner. Niemand weiß das besser als die Leute mit kleinem Einkommen.

Wir wissen auch, daß die Rezession — bei uns ein Jahr später — gekommen ist als anderswo, und zwar wegen des Wiedervereinigungsbooms, der vor allem der westdeutschen Wirtschaft hohe Gewinne gebracht hat. Deswegen ist es richtig, diese Gewinne über Transfers in die neuen Länder fließen zu lassen.

Wir mußten in den Jahren der Rezession die Erfahrung machen, daß wir als Hochlohnland und Exportland eine viel stärkere Konkurrenz bekommen haben und daß wir uns deshalb mehr anstrengen müssen. Im Blick auf die zukünftige Entwicklung gibt es überhaupt keinen Grund zur Entwarnung.

Wir müssen die Republik „fit“ machen in den Jahren, die vor uns liegen. Und das geht nur nach einer Rezession, weil sonst die Einsicht in diese Notwendigkeit in der Bevölkerung viel geringer ist. Wir müssen mit dem Abbau von Regeln und mit der Deregulierung vorankommen. Wir haben hier doch Beachtliches gemacht. Wir haben die Postreform und die Bahnreform ermöglicht. Sie haben ja mitgemacht. Wir müssen uns schon gemeinsam den Schuh anziehen, daß wir das 20 oder 25 Jahre zu spät gemacht haben. Wir wären halt weiter mit den schnellen Zügen, wie Herr Schröder gestern verlangt hat, wenn wir das schon in den fünfziger und sechziger Jahren gemacht hätten.

Ich bin ja ganz damit einverstanden, daß wir im Bereich der Gentechnik vorankommen müssen. Aber warum hat es denn so lange gedauert? Es ging doch nicht darum, daß irgend jemand in diesem Saal Manipulationen an Menschen zulassen wollte. Das Thema ist vielmehr, daß sich hier ein weites Wissenschaftsfeld mit großen Zukunftschancen aufgetan hat und daß wir eben jahrelang darüber geredet haben, während die Amerikaner und die Japaner gehandelt haben. Wenn in den USA jetzt 300 gentechnische Labors in Betrieb sind und in Japan rund 100, und bei uns sind es, erst vier, dann haben wir Terrain verloren.

Ich bin ja mit Ihnen einverstanden, lassen Sie uns doch nach der Wahl mit der Bundesregierung, die jetzt hier sitzt und sicher dort bleiben wird, und der Bundesratsmehrheit, die Sie haben, vernünftig darüber reden, wie wir vorankommen, statt daß wir diese nächtlichen Grabenkämpfe im Vermittlungsausschuß ohne jeden Sinn und Verstand miteinander führen.

In der nächsten Legislaturperiode gibt es drei Felder, wo Handeln angesagt ist, und zwar im Bundestag wie im Bundesrat. Das eine ist, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, die Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform. Wenn wir nicht die Betriebe, vor allem die mittelständischen Betriebe, entlasten, gibt es keine neuen Arbeitsplätze. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß wir jetzt den Reichen Geld zuschaufeln wollen, wie das bei Ihnen dargestellt wird.

Zum zweiten geht es darum, daß trotz knapper Kasse der Staat — das sind Bund und Länder — zusammen mit der Wirtschaft Überlegungen anstellt, wie wir die Dinge im Bereich der Forschung noch ganz wesentlich ins 21. Jahrhundert vorantreiben können. Das ist auch eine Frage, ob wir wieder ein forschungsfreundliches Land werden, in dem Leute, die zum Beispiel in der Chemie arbeiten, nicht von vornherein verteufelt werden, daß sie die Umwelt zerstören wollen. Wir brauchen zu diesem Thema wieder ein vernünftiges Klima.

Daß wir in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderen Ländern in der Welt bei der Entwicklung eines vernünftigen Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie in der vordersten Linie stehen, kann doch niemand bestreiten. Die Vorwürfe, die hierzu erhoben wurden, sind doch ziemlich absurd.

Wenn Edzard Reuter eine grundlegende Neuausrichtung der Politik in Sachen Technik und Forschung verlangt hat, dann hat er recht.

Ich kann es auch anders sagen: Wir brauchen in unserer Demokratie, in unserer Gesellschaft eine klare Verständigung, daß auch in Forschung und Technik Leistungseliten dringend notwendig sind und unterstützt werden müssen.

Wenn wir beim Ausbau einer familienfreundlichen und kinderfreundlichen Gesellschaft weiter vorgehen, werde ich Sie einladen, daran mitzuwirken, auch im Bundesrat. Wir haben eine Menge getan: Familienlastenausgleich, Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld, Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung und vieles andere mehr. Wir werden auf alle Fälle die zur Verfügung stehenden Finanzierungsspielräume auch und gerade für dieses Feld mit einsetzen, wobei ich denen zustimme, die darauf hinweisen, daß eines der drängendsten Probleme die Frage bezahlbarer Wohnungen für

junge Familien ist. Lassen Sie uns darüber zu klaren Absprachen zwischen Bund und Ländern kommen. Wir sind dazu bereit.

Vertrauen in die Politik der Mitte

Die Koalition von CDU/CSU und F.D.P. kann mit gutem Recht auf ein gewaltiges Pensum an erfolgreicher Arbeit verweisen, wenn sie in diesem Oktober vor die Wähler tritt. Wir bitten die Wählerinnen und Wähler um Vertrauen in eine Politik der Mitte, die sich in den vergangenen vier Jahren bewährt hat. Manches konnten wir nicht optimal leisten, aber wahr ist auch, daß die Bundesregierung weltweit Vertrauen genießt. Es gibt ja kaum einen Sozialdemokraten in wesentlicher Funktion im europäischen Ausland, der einen Sieg der SPD in Deutschland will.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne keinen. Mit einer Reihe dieser Persönlichkeiten bin ich ja zum Ärger mancher meiner politischen Freunde in den jeweiligen Ländern befreundet, und da weiß ich nur eines: Sie sind ganz froh, daß es uns gibt.

Meine Damen und Herren, wenn ich so durchs Land gehe, denke ich, daß es auch in Deutschland eine Menge Leute gibt, die sagen: Es ist ganz gut, daß es uns gibt. Denn die Deutschen wollen keine Extreme, weder von links noch von rechts. Sie wollen keinen Schlingerkurs, sie wollen keine Unberechenbarkeit. Sie wollen einen Kurs der Mitte, und dafür steht die Koalition aus CDU/CSU und F.D.P. Darum bitten wir bei diesen Wahlen um Zustimmung.